



# **GROSS-SCHÖNEBECK ODER GROSS-MAGDEBURG?**

UB MAGDEBURG MA9  
005 805 619



11601

**HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT  
DER STADT MAGDEBURG**

## Aus dem Inhalt:

|   | Seite |
|---|-------|
| Die Frage, um die es geht . . . . .   | 5     |
| Unhaltbarkeit der bestehenden Verhältnisse . . . . .  | 6     |
| Vorschläge zu ihrer Lösung . . . . .  | 6     |
| Groteske Großstadtfeindlichkeit . . . . .   | 7     |
| Die Mittelstadt als Mittelpunkt eines eigenen Einflußgebietes . . . . .   | 9     |
| Die großstadtbenachbarte Mittelstadt büßt an Bedeutung ein . . . . .  | 10    |
| Die überlegene allgemeine Leistungsfähigkeit der Großstadt . . . . .  | 11    |
| Die größere Steuerkraft der Großstadt . . . . .   | 12    |
| Magdeburgs Verschuldung liegt — entgegen den Schönebecker<br>Behauptungen — unter dem Durchschnitt der Großstädte . . . . .   | 12    |
| Höhere anderweitige Einnahmemöglichkeiten der Großstadt . . . . .   | 14    |
| Die städtebauliche Ueberlegenheit der modernen Großstadt-<br>verwaltung . . . . .   | 15    |
| Von einer Vernachlässigung der Vororte kann keine Rede sein . . . . .   | 16    |
| Ueberlegenheit der Großstadt in kultureller, sozialhygieni-<br>scher und allgemein fürsorglicher Hinsicht . . . . .           | 19    |
| Magdeburgs bevorzugte wirtschaftsgeographische Lage . . . . .   | 20    |
| Gemeinsamkeit der Schifffahrtsinteressen . . . . .  | 21    |
| Kann der Bau des Mittellandkanals zur einseitig nördlichen<br>Konzentrierung der Magdeburger Industrie führen? . . . . .      | 22    |
| Worauf es Magdeburg in Wirklichkeit ankommt . . . . .   | 25    |
| Magdeburg hält an seiner Stellungnahme fest und befürwortet<br>die Vereinigung der drei Gemeinden mit der Großstadt . . . . . | 27    |

## **Die Frage, um die es geht.**

Die breitere Oeffentlichkeit hat etwa um die Mitte des vorigen Jahres von den Bestrebungen Kenntnis erhalten, die darauf abzielen, die südöstlich vor den Toren Magdeburgs liegenden Städte Schönebeck, Bad Salzelmen und die Landgemeinde Frohse zu einer neuen Einheitsgemeinde zusammenzuschließen.

Auch diesmal ist das seit den neunziger Jahren (1892/94) mehrfach erörterte Projekt der Einheitsgemeinde Schönebeck bei den wider ihren Willen beteiligten Partnern, Bad Salzelmen und Frohse, keineswegs auf große Gegenliebe gestoßen, hat vielmehr gerade von ihrer Seite ein heftiges Widerstreben hervorgerufen. Dies kommt nirgends deutlicher als darin zum Ausdruck, daß man seitens beider Ortschaften von sich aus mit der Magdeburger Stadtverwaltung über eine — dem Aufgehen in der Einheitsgemeinde Schönebeck also vorzuziehende — Vereinigung mit Magdeburg in Verhandlungen eingetreten ist.

Nachdem nun einmal von der anderen Seite die Frage aufgerollt worden war, stand nichts im Wege, auch in Magdeburg eingehend Stellung zu ihr zu nehmen. Dies um so mehr, als die drei Orte, zwischen denen und Magdeburg nur eine unbebaute Fläche von kaum 3 km liegt, sämtlich in der Einflußzone des engeren Magdeburger Wirtschaftsgebietes liegen und somit jede kommunale Neugliederung hier für Magdeburg von ganz besonderem Interesse sein muß.

Die Stellungnahme Magdeburgs ist in einer Denkschrift niedergelegt, die der Magistrat im September vorigen Jahres auf die Denkschrift der Regierung zu Magdeburg und das Gutachten der Industrie- und Handelskammer zu Halberstadt folgen ließ.

In diesen Schriften wie auch in zahlreichen Presseveröffentlichungen ist nun die Frage der kommunalen Neugliederung im

Gebietsbereich der drei Orte aufs eingehendste erörtert worden, so daß es sich im Zusammenhang der im folgenden beabsichtigten Ausführungen erübrigt, auf alle Einzelheiten noch einmal einzugehen.

In einer Hinsicht findet sich bei allen drei oben erwähnten amtlichen Veröffentlichungen eine Uebereinstimmung, die zu denken gibt. Sie alle kommen zu dem Schluß:

### **Unhaltbarkeit der bestehenden Verhältnisse.**

Eine kommunale Neugliederung im Gebietsbereich Schönebeck, Bad Salzelmen und Frohse ist unumgänglich und bedarf möglichst umgehender Durchführung.

Ein Blick auf die Karte, erst recht die genaue Kenntnis der Dinge, erweisen die Unhaltbarkeit der Verhältnisse, wie sie sich aus der Gemengelage von Schönebeck mit Bad Salzelmen ergeben. Im einzelnen sei hier wieder auf die oben erwähnten Denkschriften verwiesen.

### **Vorschläge zu ihrer Lösung.**

Verschiedene Wege geht man jedoch in den Vorschlägen, die zur Lösung der in Erörterung stehenden Frage gemacht werden. Die Regierungsdenkchrift und das Halberstädter Industrie- und Handelskammer-Gutachten propagieren die Bildung einer Einheitsgemeinde Schönebeck. In Magdeburg dagegen vermag man hierin nur eine rein verwaltungspolitische Augenblicksmaßnahme zu sehen und schlägt im Interesse der Einwohnerschaft der drei Gemeinden wie auch des gesamten Wirtschafts- und Siedlungsgebietes Groß-Magdeburg die Vereinigung mit der Großstadt vor. Man weist dabei darauf hin, daß die Einheitsgemeinde Schönebeck der bereits jetzt schon überaus dichten wirtschaftlichen Verflechtung der drei Gemeinden mit dem Magdeburger Wirtschaftsgebiet in keiner Weise gerecht wird, und

hält es deshalb für unklug, „eine verwaltungspolitische Maßnahme herbeizuführen, die sich schon in naher Zukunft als völlig unzulänglich erweisen wird“<sup>1)</sup>).

Im einzelnen muß auch hier wieder der Hinweis auf die bereits vorliegenden Veröffentlichungen genügen. Der Magistrat der Stadt Schönebeck hat nun auch seine Stellungnahme zur Magdeburger Denkschrift in einer Druckschrift vorgelegt. Die Frage der Einheitsgemeinde Schönebeck soll nun mit Beziehung auf die von Schönebeck gemachten Ausführungen im folgenden noch einmal von z. T. anderen Gesichtspunkten als bisher überprüft werden. Gipfeln die Schönebecker Ausführungen doch Magdeburg gegenüber mehr oder weniger deutlich in dem Vorwurf der typischen Mittelstadtfeindlichkeit seitens der Großstadt. Es erhebt sich deshalb die Frage:

Kann den Bestrebungen Magdeburgs der Vorwurf der Mittelstadtfeindlichkeit überhaupt gemacht werden?

Diese Frage stellen, heißt sie entschieden verneinen. Aus den bei der Vornahme von Eingemeindungen unvermeidbaren Interessengegensätzen geboren, tauchen dem Kenner der Dinge hierbei immer wieder dieselben altvertrauten Schlagworte von der kulturellen Minderwertigkeit der Großstadt auf. Denn trotz aller Gegensätze untereinander ist man sich im Landkreis, in der Klein- und Mittelstadt vielfach sofort einig, wenn auf der anderen Seite eine Großstadt steht.

### **Groteske Großstadtfeindlichkeit.**

Nach den in dieser Beziehung bei ähnlichen Streitfragen von Gegnern der Großstädte gemachten Ausführungen scheint das Leben des „wurzellockeren“ Großstädters, das „seelenlose Getriebe“ im „Moloch Großstadt“ eine einzige Hölle und die großstädtische Entwicklung schlechthin ein Unsegen für unser ganzes Volk zu sein. Demgegenüber zählt man mit einer Art schwärmerischer Romantik die Vorzüge des ländlichen, klein- und mittel-

<sup>1)</sup> Vgl. Magdeburger Denkschrift S. 32.

städtischen Lebens auf, die, um nur ein Beispiel aufzuführen<sup>1)</sup>, in dem „viel liebevolleren Mitarbeiten am Wohl der Heimatgemeinde, dem engeren Zusammenhang mit der Natur, dem positiven Wert der Liebe zur Vaterstadt, zum Heimatdorf, der Anhänglichkeit an die vertraute Umgebung“ usw. gesehen werden.

Auf diese Art läßt sich die entscheidende kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung der Großstädte für die Entwicklung des ganzen deutschen Volkes nicht herabsetzen. Wenn man einmal von einigen rasch aufgeblühten industriellen Zentren absieht, dann sind in jeder Großstadt die oben erwähnten Vorzüge, oft — so auch in Magdeburg — aus jahrtausendalter Tradition genährt, genau so anzutreffen, wie auf dem Lande oder in der Klein- und Mittelstadt. Es zeugt von starker Einseitigkeit, dies in Abrede zu stellen. Darüber hinaus zeigt sich so eine geradezu erstaunliche Verkennung der Bedeutung der Großstadt für das gegenwärtige wirtschaftliche wie das volkliche Leben überhaupt.

Die Großstadt ist schließlich nicht um ihrer selbst willen da, auch sie ist — gleich der Klein- und Mittelstadt — soziologisch gesehen eine Erscheinung, die „in großen kulturellen und Entwicklungsvorgängen verwurzelt ist, mit denen sie entsteht und verschwindet“<sup>2)</sup>.

Und wie steht es in Wirklichkeit mit der — ob überhaupt immer echt gemeinten — Betonung der Vorzüge des Lebens auf dem Lande und in der Klein- und Mittelstadt? Spricht sich hier nicht ein — bewußtes oder unbewußtes — Sichverschließen vor den Tatsachen des wirklichen Lebens aus, offenbart sich hier in der mit solchem Elan betriebenen Kampfansage an die Großstadt

---

1) So Landrat Dr. Schöne in einem Aufsatz »Das Eingemeindungsproblem vom Standpunkt der Landkreise« in Nr. 2 der »Zeitschrift für Kommunalwirtschaft« vom 25. Januar 1928.

2) So die Denkschrift »Die Stadt Breslau und die Eingemeindung ihres Erweiterungsgebietes«, S. 20.

nicht auch eine Sehnsucht, die, wie es der bekannte Städtebauer Schumacher<sup>1)</sup> treffend kennzeichnet, „ebenso charakteristisch für unsere Zeit ist wie die Unfähigkeit, sie zu ertragen“? Schließlich gilt es doch, Licht und Schatten überall da zu sehen, wo sie sind, und jeder der verschiedenen Daseinsformen des menschlichen Siedlungslebens mit all ihren Vorzügen und ihren Nachteilen auch im Vergleich untereinander gerecht zu werden. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, wird man auch als Großstädter die soziologisch große Bedeutung gerade auch der Klein- und Mittelstadt voll erkennen und anerkennen und sich nicht im geringsten veranlaßt sehen, der nun einmal nicht wegzu-leugnenden großstadtfeindlichen Einstellung auf der anderen Seite mit gleicher Münze, d. h. mit einer Klein- oder Mittelstadtfeindlichkeit zu dienen. Auch in Magdeburg denkt man nicht daran und weist es entschieden zurück, im Zusammenhang mit der Eingemeindungsfrage des Komplexes Schönebeck - Bad Salzelmen - Frohse etwa der Mittelstadtfeindlichkeit geziehen zu werden.

Aber — so wird man sagen —, die neugebildete Einheitsgemeinde Schönebeck würde doch eine Mittelstadt von immerhin rund 35 000 Einwohnern ergeben. Liegt nicht in den Bestrebungen der Magdeburger Stadtverwaltung gegen die nur als eine Art Zwischenlösung angesehene Bildung der Einheitsgemeinde eine offensichtliche Verletzung mittelstädtischer Interessen?

### **Die Mittelstadt als Mittelpunkt eines eigenen Einflußgebietes.**

Die Bedeutung der Mittelstadt ist nicht immer als absolut gegeben hinzunehmen. Dies nur, wenn — wie allerdings in recht häufigen Fällen — sie, die Mittelstadt, blühender Mittelpunkt eines

<sup>1)</sup> »Köln, Entwicklungsfragen einer Großstadt« von Fritz Schumacher, Dr.-Ing. h. c., unter Mitwirkung von Wilhelm Arntz, S. 23.

eigenen kulturellen oder wirtschaftlichen Einflußgebietes ist. In diesem Falle wird niemand daran denken, die Selbständigkeit dieser Stadt unnötigerweise anzutasten oder ihre Bedeutung zu beanstanden. Gerade im — allerdings weiteren — Kreis um Magdeburg herum haben wir Beispiele gedeihlicher Mittelstadtentwicklung im obigen Sinne genug, um nur an Städte wie Burg, Brandenburg, Stendal, Köthen, Bernburg wie auch Quedlinburg und vor allem Halberstadt und Dessau zu denken.

### **Die großstadtbenachbarte Mittelstadt büßt an Bedeutung ein.**

Die Bedeutung einer Klein- oder Mittelstadt erweist jedoch ihre nur relative Geltung und büßt oft erheblich ein, wenn diese in unmittelbarer Nachbarschaft einer Großstadt liegt. Da macht sich in jeder Beziehung, besonders wirtschafts- und verkehrspolitisch und noch mehr in kultureller Hinsicht, die Ueberlegenheit der Großstadt geltend und übt ihren Einfluß in solchem Maße aus, daß von einem eigenen Einflußgebiet der benachbarten Klein- bzw. Mittelstadt und dem Charakter eines wirtschaftlichen oder gar kulturellen Zentrums der Mittelstadt nicht die Rede sein kann und sie vielmehr in den meisten Fällen mehr oder weniger schnell gleichsam eine Art Vorortcharakter mit Bezug auf die benachbarte Großstadt annimmt.

In Magdeburg vertritt man nun die Ansicht, daß — wie die drei Orte bereits jetzt in der Einflußzone des engeren Magdeburger Wirtschaftsgebietes liegen — die neugebildete Einheitsgemeinde Schönebeck mehr in die zweite der beiden eben gekennzeichneten Kategorien der Mittelstadt fallen würde. Daß die Einheitsgemeinde in keiner Weise, eben durch die unmittelbare Nachbarschaft der Großstadt Magdeburg bedingt, auch in Zukunft nicht, Zentrum eines eigenen Einflußgebietes in wirtschafts-

politischer wie auch gerade kultureller Hinsicht wie die weiter oben angeführten Mittelstädte werden wird, dürfte wohl ohne weiteres auch auf der Gegenseite zugegeben werden müssen.

Davon ausgehend sollte doch auch bedacht werden, daß die so als Schreckgespenst an die Wand gemalte Vereinigung mit der Großstadt Magdeburg in mehr als einer Hinsicht für jeden der drei Orte von großen Vorteilen begleitet sein würde. Ist dies auch im einzelnen in der Magdeburger Denkschrift bereits ausführlich behandelt, so dürfte es aus mehr allgemeinen Gesichtspunkten heraus am Platze sein, hier noch einige ergänzende Ausführungen zu machen. Dabei wird sich des öfteren Gelegenheit bieten, im einzelnen zu den in der Stellungnahme des Schönebecker Magistrats erhobenen Einwänden berichtigend Stellung zu nehmen.

### **Die überlegene allgemeine Leistungsfähigkeit der Großstadt.**

Bestimmend ist dabei die nicht zu bestreitende, ganz allgemein überlegene Leistungsfähigkeit der modernen Großstadtverwaltung zum Wohle ihrer gesamten Bürgerschaft gegenüber den typischen klein- oder mittelstädtischen Verhältnissen. Bereits das Minimum an allgemeinen wie besonderen Leistungen großstädtischer Verwaltungsarbeit bildet — von immerhin heute recht seltenen und keineswegs allgemein gültigen Ausnahmen abgesehen — in den meisten Fällen bereits die Maximalgrenze dessen, was in der Klein- und Mittelstadt an Aehnlichem überhaupt geleistet werden kann. Zu dieser Ueberlegung tritt im vorliegenden Falle dementsprechend die kaum bestreitbare Erwägung, die jedem unvoreingenommenen Betrachter der Dinge, aber auch den Einwohnern der drei Gemeinden zu denken geben sollte:

Das, was von der künftigen Einheitsgemeinde bei günstiger Entwicklung bestenfalls erwartet werden kann, wird die Stadt Magdeburg in jedem

Falle mindestens gleichfalls zu leisten imstande sein, ganz abgesehen von der darüber hinausgehenden größeren allgemeinen Leistungsfähigkeit der Großstadt, die nun für einige wichtige Sondergebiete noch einer kurz hinweisenden Betrachtung unterzogen werden soll.

### **Die größere Steuerkraft der Großstadt.**

Auf der Einnahmeseite stehen der Großstadt im allgemeinen erhebliche Mehrposten gegenüber den Klein- und Mittelstädten zur Verfügung. Im Hinblick auf die bereits mehrfach herangezogene Magdeburger Denkschrift braucht da nicht mehr viel gesagt zu werden. Es ist jedoch nun nicht so, wie es Schönebeck in seiner Denkschrift auf Seite 67 ff. darstellt, daß dies lediglich der Tatsache zu danken ist, „daß die Großstädte im Vergleich zu den Mittel- und Kleinstädten hinsichtlich ihrer Beteiligung an den Reichssteuern ganz besonders bevorzugt sind“. Dem ist keineswegs so. Auch nach dem Fortfall der „relativen Garantie“ wird Magdeburg eine höhere Einnahmequote aufzuweisen haben.

Die Großstadt weist eben im allgemeinen eine den Klein- und Mittelstädten gegenüber durchaus überlegene Steuerkraft auf. Das kommt auch im vorliegenden Falle deutlich darin zum Ausdruck, daß die bereits in der Magdeburger Denkschrift dargelegte Höhe der Steuersätze in Magdeburg, mit einer einzigen Ausnahme, niedriger ist als in Schönebeck, Bad Salzelmen und Frohse, ohne daß etwa die Ausgaben in diesen drei Orten höher wären als die der benachbarten Großstadt.

### **Magdeburgs Verschuldung liegt — entgegen den Schönebecker Behauptungen — unter dem Durchschnitt der Großstädte.**

In diesem Zusammenhang müssen auch die Schönebecker Ausführungen auf Seite 66 der Denkschrift, nach denen Magdeburg „hinsichtlich seiner Verschuldung erheblich über der mittleren

Linie der Großstädteverschuldung sich bewegt, und zwar um einen Betrag von 10,74 RM. oder um rund 13 v. H. auf den Kopf der Bevölkerung", berichtigt werden. Diese Behauptung ist unrichtig. Sie beruht auf einer willkürlichen Beschränkung der Betrachtung auf die langfristige Verschuldung, die deswegen sich über dem Durchschnitt der Großstädte hält, weil eine besonders vorsichtige Finanzgebarung es in Magdeburg nicht zur Entstehung nennenswerter kurzfristiger Schulden hat kommen lassen, wie sie bei anderen Großstädten vorhanden sind. Zieht man zum Zwecke eines brauchbaren Vergleichs die langfristige und kurzfristige Verschuldung zusammen, so bleibt Magdeburg weit unter dem Durchschnitt der Großstädte.

Dies geht nicht nur aus der Statistik, die Schönebeck anscheinend benutzt hat, hervor, sondern zeigt sich auch in der neueren Statistik, die der Deutsche Städtetag in dem soeben erschienenen 3. „Statistischen Vierteljahrsbericht“ veröffentlicht. Danach ergibt sich nach dem Stande vom 30. September 1928 je Kopf der Bevölkerung für die Gesamtheit der deutschen Großstädte mit mehr als 200 000 Einwohnern eine langfristige Anleiheschuld von 113,48 RM. gegenüber 121,10 RM. in Magdeburg, der gegenüber kurzfristige Schulden je Kopf von 32,46 RM. gegen 3,20 RM. in Magdeburg ausgewiesen werden. Wenn man langfristige und kurzfristige Neuschulden zusammenfaßt, ergibt sich für die Großstädte eine Kopfquote von 145,94 RM., wogegen Magdeburg nur eine solche von 124,30 RM. aufweist. Magdeburg bleibt also um nicht weniger als 21,64 RM. auf den Kopf der Bevölkerung hinter dem Durchschnitt zurück. Dabei ist noch besonders zu beachten, daß ein großer Teil der Schulden Magdeburgs in Anleihen für die werbenden Betriebe besteht, also durch die Steigerung der Betriebsüberschüsse der Verbesserung der städtischen Finanzlage dient. Wenn Orte wie Schönebeck ihre Gas- und Stromversorgung nicht wie Magdeburg aus eigenen Betrieben, sondern durch Privatgesellschaften bewirken, so kann ihre Schuldenlast zwar erheblich geringer

sein, aber dafür entgehen ihnen auch die Einnahmen aus Betriebsüberschüssen, die Magdeburg als wesentliche Stärkung seiner Finanzkraft erzielt. Diese „Schulden“ bedeuten also keine Minderung der Finanzkraft, sondern eine Mehrung.

### **Höhere anderweitige Einnahmemöglichkeiten der Großstadt.**

Ergänzend muß in diesem Zusammenhang noch auf Einnahmequellen der Großstadtverwaltung hingewiesen werden, wie sie den Klein- und Mittelstädten entweder gar nicht oder doch nur in viel geringerem Ausmaße zur Verfügung stehen. Den wichtigsten Anteil haben hier die Einnahmen aus Überschüssen der städtischen werbenden Werke und Betriebe, die z. B. in Magdeburg eine Kopfquote von 26.27 RM. ausmachen, demgegenüber die entsprechenden Anteile von Schönebeck und Bad Salzelmen von 3.28 RM. bzw. 2.90 RM. (nicht angerechnete Investitionen aus laufenden Mitteln würden die Salzelmener Zahl etwas erhöhen), noch dazu bei der viel geringeren Einwohnerzahl, verschwindend gering erscheinen. Es ist dabei ganz unwesentlich, ob die „auf Gewinn abgestellten Werke“<sup>1)</sup> der Stadt Magdeburg mit den in privater Hand befindlichen Versorgungseinrichtungen der Bevölkerung in den drei Gemeinden für Gas und Strom und die verschiedenen Gesichtspunkte bei der Preisbestimmung z. B. auch des Wassers als „miteinander unvergleichbar“ gegenübergestellt werden. Kam es doch einzig darauf an, die größeren Einnahmequellen aufzuzeigen, deren Ergiebigkeit auf der anderen Seite auch wieder den Arbeitsmöglichkeiten und der Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung, somit auch dem Gesamtwohl der Bevölkerung zugute kommen muß.

Wenn man weiter in Schönebeck — vergl. S. 67 ff. der Denkschrift — bei einem Vergleich der Steuersätze vornehmlich mit Bad Salzelmen darauf hinweist, daß diese viel niedriger sein könnten, wenn Schönebeck nicht eben ein Realgymnasium, ein

<sup>1)</sup> Vgl. Schönebecker Denkschrift S. 68 ff.

Lyzeum, eine gehobene Schule, ein großstädtisches Krankenhaus mit neuem Isolierhaus sowie eine moderne Kanalisation für den gesamten nördlichen Stadteil geschaffen hätte — im Gegensatz zu Bad Salzellen, in dem es derartige Einrichtungen nicht gäbe —, dann findet sich darin nur die Bestätigung unserer weiter oben gemachten Darlegungen, wie sie beweiskräftiger gar nicht sein kann. Denn einmal sind alle diese Einrichtungen und viele andere mehr reine Selbstverständlichkeiten in der modernen Großstadt — so auch in Magdeburg seit langem —, zum anderen käme eine Verzichtleistung auf diese nun einmal geschaffenen Einrichtungen, in der die geringere Leistungsfähigkeit der Klein- und Mittelstadt erst recht in Erscheinung treten würde, ja nicht in Frage, so daß die Möglichkeit der niedrigeren Steuern entfällt. Und auch die neue Einheitsgemeinde wird bei Berücksichtigung aller ausgleichenden Einnahmemöglichkeiten keinesfalls mit niedrigeren Steuern, auch gegenüber Magdeburg, arbeiten können, da ihrer eine ganze Reihe von großen, kostenreichen Aufgaben harret. Damit tritt auch hier wieder die überlegene Leistungsfähigkeit der Großstadt gegenüber den Klein- und Mittelstädten in Erscheinung, wie sie auch für einige wichtige Gebiete auf der Ausgabenseite im folgenden kurz besprochen werden soll.

### **Die städtebauliche Ueberlegenheit der modernen Großstadtverwaltung.**

Am sinnfälligsten tritt die Ueberlegenheit großstädtischer Verwaltungsarbeit gegenüber dem noch so eifrigen Bemühen der Klein- und Mittelstädte in städtebaulicher Hinsicht hervor. Hier sind den kleineren Gemeinden, besonders in der Gegenwart, recht enge Grenzen gezogen. Man muß natürlich von dem äußeren Bilde der City einer Großstadt, ihrem repräsentativen Geschäfts- und Behördenviertel, mit ihrem gepflegten Ausbau der Straßen usw. bei einem Vergleich mit der Klein- und Mittelstadt im allgemeinen absehen. Aber gerade in den Vorstädten und Vororten zeigt sich — so auch in Magdeburg — erst eigentlich,

was eine zielbewußte Großstadtverwaltung durch die reichlicher fließenden Mittel infolge größerer Einnahmequellen, auch für ihre Bürger in den Vorstädten und Vororten, auf hochbau- und tiefbautechnischem Gebiete wie in der Grünflächengestaltung, den drei Hauptgebieten der Verwaltungsleistungen in städtebaulicher Beziehung, erreichen kann, in einem Ausmaße und organischer Form, wie sie gegenwärtig von einer Klein- oder Mittelstadt kaum oder überhaupt nicht mehr erwartet werden können. Gerade Magdeburg hat auf den drei erwähnten Hauptgebieten städtebaulichen Wirkens in den Nachkriegsjahren eine durchaus zielbewußte und erfolgreiche Verwaltungspolitik verfolgt und darf sich mit Fug und Recht, ohne etwa unbescheiden zu sein, als Stadt ernsten Bauwillens bezeichnen und dürfte wohl in dieser Hinsicht mit in der vordersten Linie unter den deutschen Großstädten stehen. Darauf weisen u. a. auch die überall im Weichbild der Stadt, also in den Vorstädten und Vororten, errichteten Siedlungsanlagen hin, und es genüge hier der Hinweis auf den gewaltigen Siedlungskomplex im Westen der Wilhelmstadt, der in seinen modernsten Geist offenbarenden Bauten der Anlage eines ganzen Stadtteils gleichkommt. Aber auch das von Magdeburg beschlossene Wohnungsbauprogramm zeigt, wie man in Magdeburg über dem reinen „verwalten“ auch zu „gestalten“ bestrebt ist.

### **Von einer Vernachlässigung der Vororte kann keine Rede sein.**

Es muß deshalb befremden, wenn man auf seiten Schönebecks — vgl. S. 64 der Denkschrift — davon spricht, daß Magdeburg „aus Bescheidenheit die Zahlen — Vororte und Stadtkern im Vergleich städtebaulicher Leistungen — verschweigen zu müssen glaubt, die beweisen würden, wie günstig bei Berechnung der Kopfquoten die Vororte usw. . . . dem eigentlichen Stadtkern von Magdeburg gegenüber abschneiden“. Die Bescheidenheit, heißt es da weiter, „kann — Magdeburg — gar nicht hoch genug angerechnet werden“.

Auch wenn man nicht geneigt ist, diesen Aeufferungen mit gleicher Münze zu dienen und Schönebeck darin zu folgen, das nämlich in die bisher von allen Seiten ganz sachlichen, wenn auch in der Auffassung verschiedenartigen Ausführungen eine polemische Note hineingetragen hat, muß man doch diesen Behauptungen mit größter Entschiedenheit entgegentreten. Dies um so mehr, weil sie in jeder Hinsicht als gänzlich haltlos erwiesen werden können.

Es sei in diesem Zusammenhang nur auf einige Beispiele städtebaulich bedeutsamer Leistungen Magdeburgs für seine Vorstädte und Vororte in den letzten Jahren hingewiesen, die Objekte von vielen Millionen darstellen und überzeugend dartun, wie oberflächlich man in Schönebeck in dieser Hinsicht an die Dinge herangegangen ist. So sind zu nennen: der Anschluß Diesdorfs und Cracaus an die Straßenbahn, die Beteiligung an der Vorortbahn, deren Bau zweifellos auch Schönebeck und Frohse bereits gegenwärtig zum Nutzen gereichen dürfte, der seiner Vollendung entgegengehende gewaltige Schulbau zwischen Diesdorf und Wilhelmstadt, die in ihrer Flachbauweise für ganz Deutschland vorbildliche neue Schulanlage in Rothensee, das Volksbad in Südost, schließlich auch die zahlreichen Grünflächen, Sport- und Spielplätze und, in besonders großem Ausmaße, die Aufwendungen für Straßenbau und Kanalisation, die bereits mehrfach erwähnten Wohnbautenkomplexe nicht zu vergessen.

Gerade auch im Tiefbauwesen ist in Magdeburg in den letzten Jahren, besonders für die Vorstädte und Vororte, viel geleistet worden. Eine der mit zuerst in Angriff zu nehmenden Hauptaufgaben der neuen Einheitsgemeinde würde auf tiefbautechnischem Gebiete die bereits in Aussicht gestellte Kanalisierung der Straßen der drei Gemeinden bzw. die Vereinheitlichung der verschiedenen Systeme bei den bereits jetzt kanalisierten Straßen, die Anlage eines einheitlichen Entwässerungsnetzes sowie eine Reihe dringender Straßenbauten usw. sein. Angesichts der großen Kosten aller derartigen Tiefbauprojekte

wird man schon jetzt sagen dürfen, daß es für absehbare Zeit der neuen Einheitsgemeinde kaum möglich sein wird, die Kosten für diese Arbeiten im geplanten Umfange überhaupt aufzubringen, und daß die Großstadt auf diesem hygienisch-sanitär so überaus bedeutungsvollen Gebiete als durchaus leistungsfähiger angesehen werden muß, da sie die notwendigen Aufwendungen auf viel breitere Schultern verteilen kann. Ganz zu schweigen von den Unterhaltungskosten, die bei der geringeren Einwohnerzahl der viel geringeren Zahl der Wohnparteien eines Grundstücks usw. die Anwohner der künftigen Einheitsgemeinde beträchtlich höher belasten werden, als dies bei einer Vereinigung mit Magdeburg der Fall sein würde.

Die steuerliche Auswirkung der nötigen Straßenbauten usw. anzugeben, ist zahlenmäßig, auch wenn nur schätzungsweise, nicht möglich. Die etwaigen Aufwendungen für Ergänzungen der Wasserversorgung können als nicht bedeutend unberücksichtigt bleiben. Anders liegen die Verhältnisse jedoch für die Entwässerung. Die Schaffung eines einheitlichen Entwässerungssystems in den drei Orten ist unerlässlich und wird somit eine der dringendsten Aufgaben der etwaigen Einheitsgemeinde sein. Dabei muß bedacht werden, daß die bereits durchgeführte Kanalisierung im nördlichen Teil der bebauten Ortslage von Schönebeck nur einen geringen Teil der in entwässerungstechnischer Hinsicht nötigen Aufgaben darstellt. Die Kosten für die Durchführung der Aufgaben sind bei der flachen Lage des Geländes und bei der außerordentlich weiträumigen Bebauung des Gesamtgebietes beträchtlich, und man müßte sie schätzungsweise einschließlich der Abwässerreinigungsanlage auf mindestens 3—3,5 Millionen RM. schätzen. Die jährlich aufzubringenden Kosten — Kapitaldienst- und Betriebskosten — sind daher mit mindestens 300—350 000 RM. anzunehmen. Dieser Betrag würde von den Eigentümern der vorhandenen Wohngebäude abzüglich eines anteiligen Betrages für industrielle Betriebe jährlich aufzubringen sein. Unter der Annahme, daß die Umlegung in der üblichen Weise unter Zugrundelegung des Gebäudesteuernutzungswertes erfolgt, würden Pro-

zentsätze des Gebäudesteuernutzungswertes an Entwässerungsgeldern oder Kanalgebühren erhoben werden müssen, die die Magdeburger Sätze bei weitem übersteigen. Die Belastung in der Einheitsgemeinde würde also ein Mehrfaches des Magdeburger Betrages erreichen.

### **Ueberlegenheit der Großstadt in kultureller, sozialhygienischer und allgemein fürsorgerischer Hinsicht.**

Ganz allgemein kann die Großstadt ihren Bewohnern ganz andere, viel reichere Bildungsmittel, wie Teilnahme an kulturellen Einrichtungen aller Art (Theater, Konzert, Vorträge, Museen und Büchereien usw.) bieten. Ebenso liegt ihre Ueberlegenheit in der einzigartig ausgebildeten sozialhygienischen Betreuung der großstädtischen Bevölkerung (Schulärzte, Schulzahnkliniken, ärztliche Beratungsstellen, modernste Einrichtung für Krankenpflege usw.) wie ferner in dem überreichen Maße auch der allgemein fürsorgerischen Tätigkeit gegenüber den ungleich bescheideneren Verhältnissen der Klein- und Mittelstadt.

In dieser Hinsicht macht man in Schönebeck denn auch recht matte Einwände, die näherer Prüfung nicht standhalten können. Nicht die „billigere Lebenshaltung“ in kleineren Gemeinden — vgl. S. 66 der Denkschrift —, nicht die „größere Nähe der freien Natur“ usw., die als kostensparende Elemente die Höhe der Fürsorgekosten senken, sind hier entscheidend. Ausschlaggebender dürften vielmehr die reicheren Mittel der Großstadt sein, die die Durchführung größerer fürsorgerischer Maßnahmen gestatten. Es sei noch darauf verwiesen, daß der Komplex der drei Gemeinden, der immerhin 35 000 Einwohner umfaßt, nicht einmal über eine Einrichtung, wie sie ein großstädtisches Volksbad darstellt, verfügt.

Gerade, wenn man Schönebecks Leistung auf dem Gebiete des Schulwesens durchaus anerkennt, ist man ob des in

diesem Zusammenhang gänzlich überflüssigen Hinweises der Schönebecker Denkschrift — vgl. S. 64 — auf den Abbau des städtischen König-Wilhelm-Gymnasiums in Magdeburg um so mehr erstaunt, als ja in Magdeburg noch ein weiteres, wenn auch staatliches Gymnasium, neben den zahlreichen städtischen höheren Lehranstalten vorhanden ist.

Ueberhaupt hat man es sich in Schönebeck mit den Einwendungen gegen die Magdeburger Stellungnahme zur Frage der kommunalen Neugliederung im Gebiet der drei Gemeinden ziemlich leicht gemacht. Dies zeigt sich ganz besonders bei der Erörterung einiger wichtiger, allgemein wirtschafts- wie auch verkehrspolitisch bedeutsamer Fragen, die hier zur Wahrung berechtigter Magdeburger Interessen nicht ganz übergangen werden können.

### **Magdeburgs bevorzugte wirtschaftsgeographische Lage.**

Wenn bisher hauptsächlich die überlegene Leistungsfähigkeit der Großstadt über die typische Klein- oder Mittelstadt im allgemeinen in den Vordergrund der Betrachtungen gestellt worden war, so müssen im folgenden mehr die örtlichen Verhältnisse in Magdeburg mit denen der drei Gemeinden einander gegenübergestellt werden. Und da ist nun die Ueberlegenheit und größere allgemeine Leistungsfähigkeit Magdeburgs nicht zu bestreiten. Sie dürfte auf dem Zusammenklang wichtiger allgemeiner Grundkräfte, vor allem der bevorzugten wirtschaftsgeographischen Lage beruhen, die seit mehr als einem Jahrtausend die Entwicklung Magdeburgs aufs günstigste gefördert haben. Es müssen dies mächtige und äußerst triebkräftige Elemente sein, da Magdeburg als eine schwergewogene Stadt immer wieder zu Blüte und hohem Ansehen gelangte. Wurde doch sogar die völlige Zerstörung Magdeburgs im Jahre 1631 überwunden, und auch die Bestrebungen Friedrichs des Großen konnten den Aufstieg der Stadt nicht aufhalten. Wenn es nach ihm gegangen wäre, wäre Magdeburg nichts weiter als eine große Festung geworden, während an seiner Stelle das Gebiet Schönebeck, Bad Salzungen und

Frohse sich zu einem großen Handels- und Umschlagsplatz entwickeln sollte. Die Pläne des Königs scheiterten völlig, nicht zuletzt, weil sich die wirtschaftsgeographisch günstigere Lage Magdeburgs immer wieder aufs neue für Magdeburg fruchtbringend erwies. Und auch ein weiteres Jahrhundert war Magdeburgs Entwicklung durch einen engen Festungspanzer stark behindert, wozu noch kam, daß die Stadt sich früher keineswegs übermäßiger Gunst der Reichs- und Landesbehörden bei vielen für ihre Entwicklung bedeutsamen Anlässen erfreuen konnte. Wenn trotzdem Magdeburg sich immer weiter ausdehnte und seine Bedeutung als Handels- und Umschlagsplatz wie auch als Industriestadt von Rang immer größer wurde, so müssen es schon ganz besonders günstige Entwicklungsbedingungen sein, die hier am Werke waren, und über die eben die Nachbarorte nicht so verfügen.

Wenn man dies genau bedenkt, wird man jeden Gedanken an das etwa „Zufällige“ dieser wirtschafts- wie verkehrspolitischen Ueberlegenheit auch im Einzelfalle, wie es den Schönebecker Ausführungen auf Seite 42 der Denkschrift entnommen werden könnte, entschieden von der Hand weisen. Einzig die überragende Bedeutung Magdeburgs als Bankplatz (Reichsbank, Großbanken, Mitteldeutsche Landesbank usw.) dürfte für die Niederlassung des einzigen in Schönebeck alteingesessenen Bankhauses in Magdeburg maßgebend gewesen sein. Und nicht etwa die „wirtschaftliche Grundlage Schönebecks“, die „diesen Umfang des betreffenden Bankhauses erst ermöglichte“.

### **Gemeinsamkeit der Schifffahrtsinteressen.**

Auch die Rechenkunststücke Schönebecks bei der Erörterung einiger Fragen hinsichtlich des Schifffahrtsumschlages in Magdeburg und in Schönebeck wirken keineswegs überzeugend. Man hat — vgl. hier S. 61 ff. — für den Einfluß der Stadtverwaltung Magdeburgs auf das Hafenwesen ganz andere, und zwar höhere Zahlen berechnet, als sie in der Magdeburger Denkschrift angegeben waren. Nach wie vor muß der Einwand, daß die Stadtverwaltung auf die große Zahl der von

ihr verpachteten Uferstrecken doch nur einen sehr relativen Einfluß hat, voll aufrechterhalten werden. Man sehe sich doch einmal um, und man wird feststellen müssen, daß gerade diese städtischen Uferstrecken an maßgebende Firmen des Magdeburger Umschlags- und Speditionswesens verpachtet sind, deren Inhaber als führende Magdeburger Kaufleute sich in keiner Weise in ihre rein privatwirtschaftlichen Intentionen hineinreden lassen. Eigenartig muß es auch anmuten, wenn in diesem Zusammenhang die zweifellos doch recht wichtige Zollelbe als vollgültige Umschlagstelle ausgeschaltet worden ist, obwohl sie trotz mangelnden Bahnanschlusses keineswegs allein dem Ortsverkehr dient.

Die Schönebecker Schlußfolgerung — vgl. S. 62 — bezüglich der Schifffahrtsinteressen Schönebecks geht dahin, daß nichts von Magdeburg für eine Förderung der am südlichsten gelegenen Umschlags- und Hafeninteressen erwartet werden kann, da Magdeburg „selbst viel stärkere Interessen, die vornehmlich nach Norden der Stadt hinweisen“, hat. Dies lenkt nun schon hinüber zu den Einwendungen Schönebecks bezüglich einiger mehr industrieller Fragen, so daß im folgenden auch diese gleich mit herangezogen werden können.

### **Kann der Bau des Mittellandkanals zur einseitig nördlichen Konzentrierung der Magdeburger Industrie führen?**

Die Behauptung Magdeburgs, daß Schönebeck, Bad Salzelmen und Frohse mit zu der großen Industrieinsel Magdeburg gehören, ist durch die Schönebecker Ausführungen keineswegs entkräftet. Daß die chemische Industrie Schönebecks bodenständig bedingt ist durch die zahlreichen Salzvorkommen bei Schönebeck, ist nie bestritten worden, hat aber in der gegenwärtigen Zeit der hochintensivierten Verkehrswirtschaft gegenüber den Verhältnissen vor etwa hundert Jahren kaum mehr große Bedeutung. Die wenigen Kilometer zwischen Schönebeck und Magdeburg spielen hier keine Rolle, und die von Schönebeck angeführte Nationale Radiator-Gesellschaft ist auf keinen Fall ortsmäßig an Schönebeck gebunden, ebenso wie es

einige andere industrielle Unternehmungen nicht sind. Mit Magdeburg bilden die drei Gemeinden, von geringen Abweichungen abgesehen, ein einheitliches Lohn tarifgebiet, und für den unvoreingenommenen Beschauer einer wirtschaftspolitisch orientierten Karte erscheint Schönebeck eben als Annex zu Magdeburg, wie denn auch neuere Wirtschaftspolitiker — z. B. Diplom-Ingenieur Maenicke, Hannover, in seiner Schrift „Magdeburg — eine Großstadtuntersuchung —“ — Schönebeck bereits in die Magdeburger Zahlen einbeziehen. Der weite, rein agrarische Umkreis um Magdeburg und die drei Gemeinden macht das industrielle Verbundensein dieser mit Magdeburg noch deutlicher.

Die bei dieser Gelegenheit genannten Schönebecker Zahlen für die Arbeiter, für die Schönebeck Arbeitsort und Magdeburg Wohnort ist, erscheinen recht hoch und stimmen mit den Angaben der Magdeburger Steuerverwaltung nicht überein. Natürlich ist nicht zu bezweifeln, daß, wie in größerem Maße Magdeburg Beschäftigungsort für Einwohner der drei Gemeinden ist, dies ebenso, wenn auch in viel geringerem Maße, umgekehrt der Fall sein dürfte.

Wichtiger sind jedoch die mehr allgemeinen Gesichtspunkte hinsichtlich der zukünftigen industriellen Entwicklung Magdeburgs. Da glaubt man in Schönebeck, daß der Bau des Mittellandkanals Magdeburgs Verwaltung dahingehend beeinflussen wird, in der Nähe des Kanalabstiegs und der neuen Hafenanlagen, also ganz im Norden der Stadt, das Schwergewicht künftiger Industriesiedlungen sehen zu müssen, und man scheint der Ansicht zu sein, daß Magdeburg versuchen wird, seine gesamte Industrie an dieser Stelle zu konzentrieren.

Davon kann natürlich keine Rede sein. Selbst wenn man verständlicherweise bei Heranziehung neuer industrieller Unternehmungen diese in der Nähe so günstiger Umschlags- und Transportgelegenheiten zu Wasser unterzubringen versuchen wird, so ist doch eine Umlagerung der schon be-

stehenden Industrie in jeder Beziehung einfach unmöglich. Es mag hier darauf hingewiesen sein, daß die Stadt im Interesse eines ihrer größten Unternehmen, das im Westen, dem eigentlichen Wohnviertel Magdeburgs, gelegen ist, auch in dem zukünftigen Bebauungsplan das Bestehenbleiben dieses kleinen Industriereviers vorgesehen hat.

Wenn Magdeburg im Norden eine starke Industrie bereits jetzt aufzuweisen hat, so liegt doch das Schwergewicht der eigentlichen Eisen- und Maschinenindustrie zweifellos im Süden und Südosten der Stadt, d. h. in Buckau, Fermersleben, Salbke und Westerhüsen. Hier finden sich die großen Unternehmungen mit vielen tausend Arbeitern, deren Weltruf — Krupp-Grusonwerk, Schäffer & Budenberg, R. Wolf-Buckauer Maschinenfabrik, Sacharinfabrik u. a. m. — Magdeburgs Bedeutung auch als Industriestadt erst eigentlich begründet hat.

Der Anschluß nach Südosten ist, verstärkt durch das Band der Elbe, also ohne weiteres gegeben, so daß einer weiteren Entwicklung der einzelnen Unternehmungen, wie der Industrie in den drei Gemeinden überhaupt, durchaus nichts im Wege steht, denn die berühmten drei oder fünf unbebauten Kilometer zwischen Magdeburg und Frohse spielen, wie schon weiter oben ausgeführt, hier wirklich keine Rolle.

Ferner mag noch bedacht sein, daß die Wirtschaft ihre eigenen Entwicklungsgänge geht und demgemäß die Stadtverwaltung gerade in der gegenwärtigen Zeit und oftmals vielleicht unter Zurücksetzung eigener Interessen nur darauf bedacht sein muß und kann, den wirtschaftlichen Betrieben in Handel und Industrie auf jede nur irgend mögliche Weise fördernd und helfend zur Seite zu stehen.

Die vorstehend gemachten Ausführungen müssen gleichsam als eine Ergänzung zu denen der Magdeburger Denkschrift über die

enge wirtschaftliche Verflochtenheit, d. h. also Zugehörigkeit der drei Gemeinden zum engeren Magdeburger Wirtschaftsbezirk angesehen werden.

Und nur mit Bezug auf diese war von der Magdeburger Denkschrift die von der Regierung durchgeführte Verstaatlichung der Polizei in den drei Gemeinden und Zusammenlegung mit Magdeburg herangezogen und nicht etwa — vgl. S. 61 der Schönebecker Denkschrift — behauptet worden, daß dies „etwa im Interesse der Stadt Magdeburg durchgeführt“ worden wäre. Es war jedoch, wie bereits in der Denkschrift zitiert, für die Maßnahme der Regierung entscheidend, daß<sup>1)</sup> „sich durch die Gleichheit der Lebensbedingungen, die räumliche Nähe und die guten Verkehrsbedingungen ein einheitliches Wirtschaftsgebiet Magdeburg-Frohse-Schönebeck-Salzellen herausgebildet hat“.

### **Worauf es Magdeburg in Wirklichkeit ankommt.**

Wenn auch aus verständlichen Gründen im vorstehenden den Schönebecker Einwendungen auch im einzelnen gegenüber berichtigend entgegengetreten werden mußte, so muß doch vor allem bedacht werden, daß es Magdeburg um mehr geht als um die Abwiegung einzelner Vor- und Nachteile bei der Erörterung des in Frage stehenden Problems. Hier ist den eingehenden Bemerkungen der Magdeburger Denkschrift — vgl. S. 16 ff. — kaum noch etwas hinzuzufügen. Der zielbewußte Kommunalpolitiker, der über den Tag hinaus auch der ferneren Entwicklung fördernd gerecht zu werden versucht, wird immer mit dem heftigsten Widerstand aus dem eigenen und fremden Lager rechnen müssen. Ihm geht es eben um die größeren Gesichtspunkte, die für ihn einzig und allein entscheidend sind, so weiter eine Möglichkeit, ihn gerecht zu werden,

<sup>1)</sup> Vgl. Magdeburger Denkschrift S. 12 ff.

überhaupt sieht. Wenn man nun auf die Gegenmeinung hören würde, daß wir nämlich, mit Gegenwartssorgen genug belastet, die Sorgen für die Zukunft getrost den nächsten Generationen überlassen sollten, so ist diese Anschauung in kommunalpolitischer Hinsicht einfach nicht annehmbar und würde in vielen Fällen direkt als verhängnisvoll bezeichnet werden müssen.

In Schönebeck scheint man jedoch so zu denken, wenn man nämlich — vgl. S. 71 der Schönebecker Denkschrift — der Meinung Ausdruck gibt, daß „die durch Eingemeindungen geradezu übersättigte Großstadt Magdeburg“ vorläufig eher mit sich selbst zu tun habe, als daß sie sich allzusehr um das Problem der kommunalen Neugliederung im Gebiete der drei Gemeinden kümmern könne. In dieser Richtung muß noch eines ähnlichen Einwandes gedacht werden, demzufolge unter Hinweis auf die bevölkerungsstatistische Entwicklung Deutschlands jede Eingemeindung seitens einer Großstadt abgelehnt wird, wenn durch sie Gelände für die zukünftige Unterbringung reiner Wohnbevölkerung erstrebt wird. Von einer Stagnation der großstädtischen Bevölkerungsentwicklung im absoluten Sinne kann natürlich in keiner Weise gesprochen werden. Auch in Zukunft wird die eine Stadt wachsen, die andere zurückgehen oder sich doch nicht mehr entwickeln. Davon abgesehen, wird man bedenken müssen, daß, wie auch in vielen anderen Großstädten, gleichfalls in Magdeburg Raum beansprucht werden wird, selbst wenn die Einwohnerzahl sich in den nächsten Jahrzehnten nicht dauernd in aufsteigender Linie bewegen würde. Es erklärt sich dies leicht mit dem Hinweis darauf, daß die bereits erfolgreich in Angriff genommene Umsiedlung der städtischen Bevölkerung aus den Mietkasernen der Vorstädte, vor allem aber aus den engen und stickigen Straßen der Altstädte, wie allwärts, so auch in Magdeburg keineswegs abgeschlossen ist, ja hier bei einigermaßen günstigen Verhältnissen noch Tausende von Familien eine bessere Wohngelegenheit erhalten sollen.

## **Magdeburg hält an seiner Stellungnahme fest und befürwortet die Vereinigung der drei Gemeinden mit der Großstadt.**

Damit sollen die vorstehenden Ausführungen abgeschlossen werden. Der Zweck der Betrachtungen war einmal, zu erweisen, daß bei der Stellungnahme Magdeburgs von einer Mittelstadtfeindlichkeit ganz allgemein nicht die Rede sein kann; zum anderen mußte den Einwendungen der Schönebecker Denkschrift wenigstens in einigen Fällen berichtend gegenübergetreten werden. Als wichtigstes Ergebnis der angestellten Untersuchung ergibt sich, daß Magdeburg sich nach wie vor auf den gleichen Standpunkt stellen muß, wie er in der Magdeburger Denkschrift bereits eingehend begründet und festgelegt worden ist. Ueber die Zwischenlösung hinaus, als die man doch im Grunde die Einheitsgemeinde Schönebeck ansehen muß, befürwortet Magdeburg deshalb die Vereinigung der drei Gemeinden mit der Großstadt in der Meinung, daß im gegenseitigen Interesse für alle Beteiligten „dadurch die politische Vorbedingung für eine planmäßige und organische, auf lange Sicht angelegte Förderung des gesamten Gebietes (Groß-Magdeburg) in wirtschaftlicher, sozialhygienischer und kultureller Beziehung geschaffen wird“.

Magdeburg, im Februar 1929.

**Der Magistrat der Stadt Magdeburg.**

Im September v. J. haben wir in einer Denkschrift zur Frage der Vereinigung von Schönebeck, Bad Salzelmen und Frohse mit Magdeburg Stellung genommen. Wir erlauben uns, hierzu eine Ergänzung in Form der beiliegenden Broschüre zu übersenden und hoffen, daß diese zur Klärung der vorliegenden Frage beitragen wird.

**Der Magistrat der Stadt Magdeburg.**

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'F. Reimann', written over a faint, diagonal watermark that says 'Universitätsbibliothek Magdeburg'.

Oberbürgermeister.

Magdeburg, Mitte Februar 1929.